

# Grotesker Kampf um die Limmattalbahn

Die Gegner der Stadtbahn lassen nicht locker – in einer kantonalen Initiative verlangen sie den Abbruch der Bauarbeiten

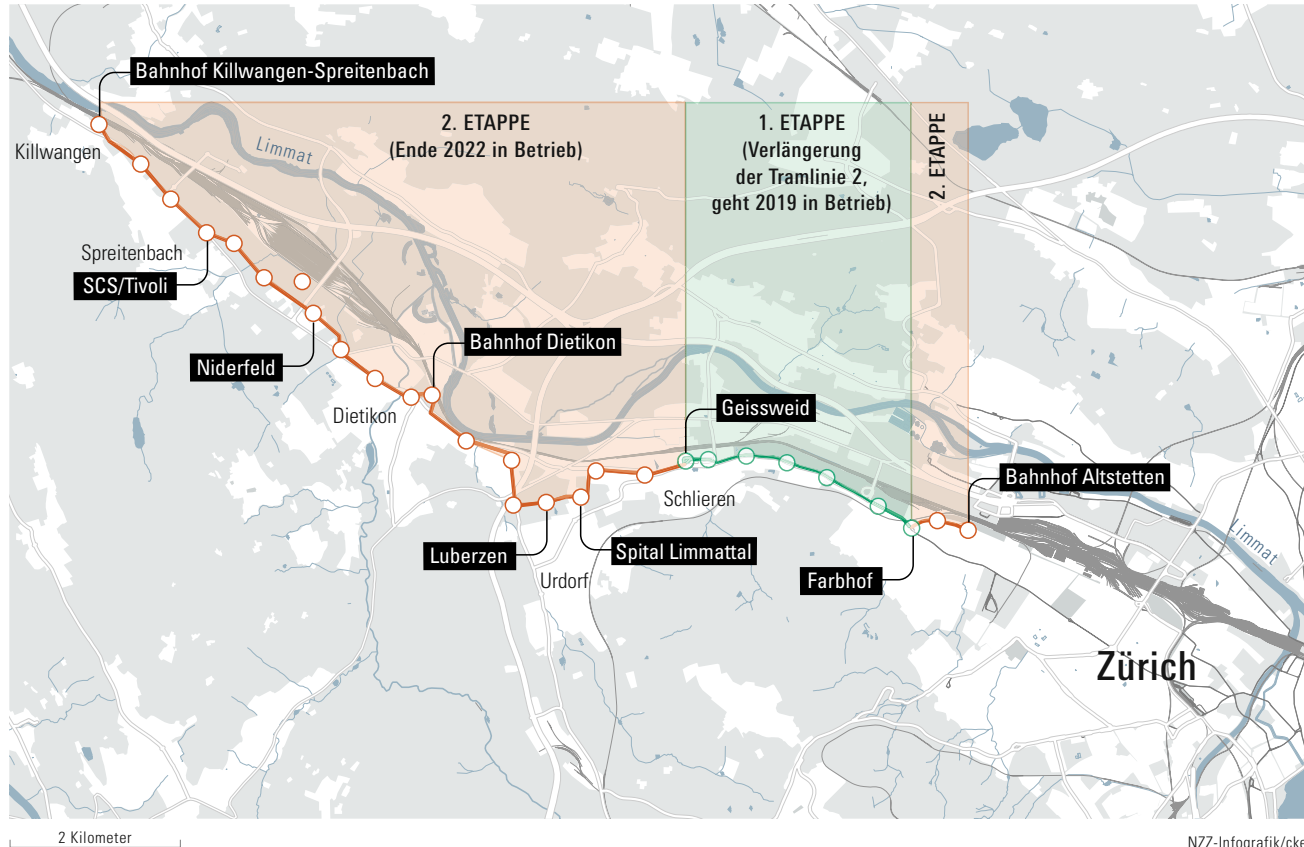
DOROTHEE VÖGELI

An den Bahnhöfen der Stadt Zürich, an der Goldküste, in Winterthur und Wetzikon prangt auf blauweissen Plakaten der fette Schriftzug «Ja zur Initiative über die Limmattalbahn». «Haben wir darüber nicht schon einmal abgestimmt?», fragt sich der eilige Passant, dem nicht auf den ersten Blick klar wird, dass er mit einem Ja zur Initiative die Stadtbahn ablehnt. Tatsächlich sind seit dem kantonalen Urnengang zum Bruttokredit von 510 Millionen Franken für den Bau der Limmattalbahn fast drei Jahre verstrichen. 64,5 Prozent der Stimmenden gaben damals grünes Licht – aber die betroffene Region lehnte das Grossprojekt mit 54,1 Prozent der Stimmenden ab; im Bezirkshauptort Dietikon betrug der Nein-Anteil gar 64 Prozent.

## Tunnellösung verlangt

Der Widerstand hatte sich an der Linienführung der geplanten Stadtbahn entzündet. In Dietikon kämpften an vorderster Front vier Alt-Stadträte für einen Tunnel im Zentrum, auch Bewohner des Spitalquartiers Schlieren verlangten eine unterirdische Lösung. Nach dem Volksverdict im November 2015 schien sich der Rauch verzogen zu haben, die Feinplanung der ersten Bauetappe zwischen Zürich Farbhof und Schlieren nahm volle Fahrt auf. Ein knappes Jahr später kün-

Die geplante Streckenführung der Limmattalbahn



digte ein von den SVP-Politikern Hans-Peter Amrein und Lorenz Habicher unterstütztes Komitee aus dem Bezirk Dietikon die Lancierung der kantonalen Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn – ab Schlieren» an. Am 23. September kommt sie zur Abstimmung.

## Der Baustopp löst keine Probleme

Kommentar auf Seite 11

Bei einem Ja würde die Bahntrasse zwischen Schlieren und Killwangen-Spreitenbach nicht gebaut. Der Kanton Zürich müsste 30 bis 35 Millionen Planungsleistungen ohne Gegenwert abschreiben, im Kanton Aargau wären es laut Limmattalbahn AG 10 bis 15 Millionen Franken. «Klar ist das ein Haufen

Geld, aber angesichts der langfristigen Kosten ein Klacks», sagt Arthur Hess, einer von zwei Alt-Stadträten aus Dietikon, die zum harten Kern des Initiativkomitees gehören. «Die unterirdische Umfahrung von Dietikon wurde nicht ernsthaft geprüft. Das Argument des Grundwassers war fadenscheinig. Probleme wie Altlasten und Grenzabstände wurden einfach ignoriert. Deshalb muss man nochmals über die Bücher», lautet das Hauptargument von Hess.

Wie seine Mitstreiter hält er zudem ein an die Schiene gebundenes ÖV-System für veraltet. Trotzdem sei er kein grundsätzlicher Gegner der Limmattalbahn, hält der ehemalige Stadtrat fest – im Unterschied zu seinem SVP-Kollegen Hans Geiger aus Weiningen, der sich von Anfang an gegen das Projekt stemmte. Der emeritierte Professor am Institut für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich ist Mitglied der Organisation Ecopop. Diese will die Zuwanderung in die Schweiz beschränken und das glo-

bale Bevölkerungswachstum eindämmen. Für Geiger ist der kantonale Richtplan denn auch ein Ärgernis. Dort gehört das Limmattal zu den Verdichtungsgebieten, die das Wachstum auffangen sollen. «Genau das Gegenteil sollte der Fall sein», sagt Geiger, der die Idee einer Grossstadt Zürich-Baden «hirnrissig» findet. Genau in diese Richtung zielen die Fortsetzung der Limmattalbahn zwischen Killwangen-Spreitenbach und Baden in den Richtplan eingetragen habe. Dass bei einem Abbruch der Bauarbeiten die Steuererlöse in der Höhe von 50 Millionen Franken in den Sand gesetzt würden, lässt Geiger kalt: «Was ausgegeben ist, ist ausgegeben, dieser Buchhaltungsgrundsatz gehörte zu den ersten universitären Lektionen.»

Anders sieht dies das breit abgestützte Komitee «Nein zur halben Limmattalbahn», dem sämtliche Exekutiven der Limmattaler Gemeinden, 300 Mitglieder aus Wirtschaft und Politik sowie

22 Parteien und Verbände angehören. «Ein Abbruch der Übung wäre unsinnig, undemokratisch und eine Geldverschwendung», sagte Kampagnenleiterin Jasmina Ritz letzte Woche vor den Medien in Zürich. Die Limmattalbahn funktioniere nur als Gesamtprojekt.

Am Beispiel von Schlieren zeigte alt Stadtpräsident Toni Brühlmann-Jecklin (sp.) die Tragweite eines Baustopps auf: In den letzten Monaten sind die Schienen der neuen Bahn verlegt und die Verkehrsführung angepasst worden. Das Flügeldach der Haltestelle auf dem künftigen Stadtplatz ist sichtbar, auch auf dem Geissweid-Platz mit der Musterhaltestelle der neuen Bahn sind die Bauarbeiten weit gediehen. Brühlmanns Fazit: «Ohne die Weiterführung der Bahn zum Spital Limmattal, zur Kantonsschule Urdorf und nach Dietikon wäre dies alles als Auswuchs einer gigantischen Fehlplanung zu betrachten.»

Der Dietiker Stadtpräsident Roger Bachmann (svp.) teilt diese Einschät-

zung. Die Exekutive stehe auch in ihrer neuen Zusammensetzung geschlossen hinter der Limmattalbahn, ohne dabei die kritischen Stimmen aus der eigenen Bevölkerung zu vergessen, sagte er vor den Medien. Das Bahnprojekt schaffe nicht nur Infrastrukturbauten für den öffentlichen Verkehr, sondern auch in Dietikon würden Millionen in Strassenbauten investiert, die dem motorisierten Individualverkehr zugutekämen und stark frequentierte Knoten entlasten würden. «Ein Nein zum Bau der Gesamtstrecke der Limmattalbahn hätte zur Folge, dass an den neuralgischen Punkten für lange Zeit keine Verbesserung erwartet werden könnte, im Gegenteil. In Anbetracht der zu erwartenden Verkehrszunahme werden sich die Probleme wohl eher verstärken», warnte Bachmann.

## Die Dynamik nicht abwürgen

Wie für Schlieren ist die neue Bahn laut Bachmann auch für Dietikon städtebaulich relevant. Entlang des künftigen Trassees gibt es viel alte Bausubstanz aus den 1950er und 1960er Jahren. Die Stadtbehörden haben deshalb Richtlinien für die Siedlungserneuerung und -verdichtung formuliert mit dem Ziel, «die Wohn- und Lebensqualität in diesem städtischen Raum aufzuwerten», wie Bachmann sagte. Erste Projekte würden bereits realisiert. «Der Stopp der Limmattalbahn würde dieser positiven Dynamik den Schwung nehmen.»

Genau dieses Ziel verfolgen die Initianten – und fühlen sich dabei von der Bevölkerung getragen, wie Bernhard Schmidt, der parteilose Präsident des Initiativkomitees, betont. «Die Leute fürchten sich vor dem, was kommt. Das spürte ich bereits vor der ersten Abstimmung. Doch die Behörden taten so, als wolle die Limmattaler Bevölkerung die Bahn. Das war ein Fehler.» Diese Ängste gelte es ernst zu nehmen. Dass bei einer Annahme der Initiative auch sämtliche Strasseninvestitionen zur Entlastung der Ortszentren dahinfallen könnten, hält er für das kleinere Übel. «Zurück auf Feld 1» heisst die Devise des Initiativkomitees – dass es dafür reichlich spät ist, kümmert die mehrheitlich der SVP angehörenden Kritiker nicht. Enttäuscht sind sie aber, dass sie sogar ihre eigene Partei im Regen stehen lässt.

# Der Kantonsrat hält den staatlichen Geldbeutel geschlossen

Kurse für Gestaltung, Musik und Tanz, die dem Hochschulstudium vorgelagert sind, bleiben eine kostspielige Angelegenheit

WALTER BERNET

Wer an der Zürcher Hochschule der Künste ein Studium machen will, muss sehr hohe Ansprüche erfüllen. Um die limitierte Zahl von Studienplätzen herrscht ein Wettbewerb über die Landesgrenzen hinaus. Der Abstand zwischen dem in der Mittelschule oder in einer Lehre mit Berufsmaturität Erreichbaren und den Anforderungen der ZHdK ist für die meisten Bewerberinnen und Bewerber zu gross. Ohne eine zusätzliche Vorbildung ist es schwierig, in die ZHdK zu kommen und dort zu bestehen. Das Problem: Diese künstlerischen Vorbildungen sind teuer. Ein Studienjahr, das in Vollzeit auf das Hochschulstudium vorbereitet, kostet zwischen 8000 und 14 000 Franken. Nur für die früh beginnende Grundschulung im Tanz liegen die reinen Kurskosten tiefer. So steht es im Antrag der Regierung für ein geändertes Fachhochschulgesetz.

## Linke wittert Chance

Die Ansätze basieren auf den bereits bisher erhobenen Gebühren. Die am Montag im Rat debattierte Gesetzesänderung hat den Fraktionen auf der linken Ratsseite die Chance eröffnet, daran etwas zu ändern. Diese beantragten, dass die Kosten der Vorbildungen für Gestaltung, für

Musik und für Tanz sich nach den ordentlichen Studiensemestergebühren der Zürcher Fachhochschule richten sollen. Diese betragen pro Jahr 1500 Franken. Es könne nicht sein, dass ein Studienplatz an der ZHdK vom Geldbeutel der Bewerber oder ihrer Eltern abhängt.

Um es vorwegzunehmen: SP, GP, AL und EVP unterlagen mit diesem Antrag mit 106 zu 61 Stimmen deutlich. Mit den gleichen Stimmenzahlen setzten die übrigen Fraktionen auch durch, dass für Ausserkantonale, deren Wohnkantone sich nicht an den Hochschulkosten beteiligen, und für Ausländer eine zusätzliche Gebühr erhoben werden muss. In der Schlussabstimmung in vier Wochen dürfte das Gesetz mit den hohen Gebühren problemlos eine Mehrheit erreichen.

Die Gebühren waren allerdings nicht der Anlass zur Anpassung des Gesetzes. Diese dient eigentlich nur der Legalisierung der bestehenden Verhältnisse. Als die ZHdK 2007 mit dem damals neuen Fachhochschulgesetz aus der Hochschule für Musik und Theater und der Hochschule für Gestaltung und Kunst zusammengesetzt wurde, war noch nicht klar, wo diese Vorbildungen angesiedelt werden sollen. Die früheren Vorkurse waren ein Opfer der Sparübungen von 2004 geworden; namhafte Künstler kämpften aber für sie. Es gab Pläne, sie ins Bachelor-Studium zu integrieren. Am

Ende entwickelten sich aus den früheren Vorkursen und Fachausbildungen die drei erwähnten Vorbildungen, die nicht der Hochschulstufe anzurechnen sind.

## Zu hohe Mehrkosten

Die Angebote haben sich bewährt, und ihre Ansiedlung an einer Hochschule hat sich als sinnvoll erwiesen. Allein:

## Aus der Sitzung des Kantonsrats

**Ombudsmann verabschiedet.** Der Rat verabschiedet den scheidenden Ombudsmann Thomas Faesi (svp.) nach fast elfjähriger Tätigkeit. Der letzte Tätigkeitsbericht wird mit 166 zu 0 Stimmen genehmigt.

**Neuer SVP-Fraktionschef.** Die SVP-Fraktion im Kantonsrat hat die Nachfolge ihres bisherigen Präsidenten Jürg Trachsel geregelt, der zum neuen Ombudsmann gewählt worden ist. Sie ernannten den 49-jährigen Landwirt Martin Hübscher aus Wiesendangen.

**Kein Direktabzug von Steuern.** Schweizer Arbeitnehmer und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung dürfen sich weiterhin nicht direkt die Steuern vom

Zum Leistungsauftrag der Hochschule gehören sie nicht. Mit der am Montag behandelten Gesetzesänderung erhalten sie endlich die bisher fehlende rechtliche Grundlage. Das gilt insbesondere auch für ihre Subventionierung durch den Kanton im bisherigen Rahmen von rund 15 Prozent der Kosten (beim Tanz mehr). Die 1,5 Millionen Franken Mehrkosten für tiefere Gebühren waren der

Lohn abziehen lassen. Der Rat lehnt eine parlamentarische Initiative mit 107 zu 54 Stimmen ab. Die Steuerzahler hätten sich freiwillig für den Direktabzug entscheiden können. Die Mehrheit des Rats ist der Meinung, dass Personen mit Schuldenproblemen von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht hätten.

**DaZ-Lehrerinnen bleiben kommunal.** Der Rat lehnt die vom Verband der Lehrpersonen für Deutsch als Fremdsprache gewünschte kantonale Anstellung mit 99 zu 62 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. 13 Millionen Franken Mehrkosten für den Kanton und Bewahrung der Möglichkeiten zu rascher und flexibler Anpassung der Gemeinden waren die Hauptargumente.

Mehrheit zu viel. Die Vorkurse seien nicht obligatorisch, deshalb seien nur einermassens kostendeckende Tarife zu rechtfertigen, sagte etwa Christoph Ziegler (gp., Elgg). Hanspeter Hugentobler (evp., Pfäffikon) kontierte, faktisch bestehe trotzdem ein Obligatorium. Es sei skandalös, dass manche Begehung mangels Geld ausgeschlossen bleibe.

**Mehr Ustertag an der Volksschule.** Ein Postulat, das die Regierung auffordert, die Entstehungsgeschichte der Zürcher Demokratie stärker in die obligatorische Schulbildung einfließen zu lassen, wird mit 109 zu 55 Stimmen abgelehnt.

**Effort bei Eigenmietwert.** Der Regierungsrat soll sich in Bundesbern für die Abschaffung des Eigenmietwerts einsetzen und die Voraussetzungen für die kantonale Umsetzung schaffen. Mit 92 zu 76 Stimmen überweist der Rat ein dringliches Postulat.

**Rücktritt:** Ivo Koller (bdp., Uster) tritt nach einem Amtsjahr aus dem Rat zurück. Sein Nachfolger ist der 52-jährige Hansruedi Knöpfli (Uster). wbt./flu.